

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

101 (2.5.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 25 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 21 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M.

Ausgabe: Verlags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 2.40 M., auswärts 2.80 M. Die zweispaltige 7.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Anzeigenschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Genua

Genova, 1. Mai. Der Brief Schiffschiffers an Barthelemy, der gleichfalls in der Zeitschrift Lloyd George zugestellt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! In den Kommentaren der französischen Presse, wie auch in den Erklärungen der führenden Männer der französischen Regierung ist das Abkommen zwischen Russland und Deutschland, über das bereits vor mehreren Monaten in Berlin verhandelt, und das in Rapallo unterzeichnet wurde, als unmittelbar gegen die Interessen Frankreichs gerichtet ausgelegt worden. Es ist dabei wiederholt erklärt worden, daß der Vertrag von Rapallo Geheimlaufschriften militärischer und politischer Natur enthalte, die aggressive Absichten Russlands gegen Frankreich aber seine Verbündeten verbergen. Angesichts der Tatsache, daß trotz der wiederholten offiziellen Dementis der russischen und deutschen Botschaften die Verdrängung des russischen Reichsfinanziers vor der Presse die Verdächtigungen hinsichtlich der wahren Bedeutung und des Charakters des Rapallo-Abkommens weiter die öffentliche Meinung und die offiziellen Kreise in Frankreich beunruhigen, hält die russische Regierung es für notwendig, im Interesse der Wahrheit und um irgendwelche Zweifel an der friedlichen Politik der russischen Regierung zu zerstreuen, Ihnen diese Note zuzusenden.

Die russische Abordnung erklärt auf nachdrücklichste in der Erklärung ihrer halbamtlichen Darstellung, daß der Rapallo-Vertrag keinerlei militärische oder wirtschaftliche Klauseln enthält, wie überhaupt keine anderen Klauseln, und daß die russische Regierung sich zu keinem Vorhaben und keiner irgendwelchen geheimen Handlung verpflichtet hat. Das Rapallo-Abkommen bezieht sich auf die Klaustration der schwedischen Fragen zwischen zwei Staaten, die miteinander im Kriege lagen, von denen beide die Notwendigkeit empfanden, friedliche Beziehungen in ihrem eigenen Interesse wie im Interesse der gesamten Menschheit wieder herzustellen. Welt davon entfernt, gegen Frankreich oder irgend eine andere Macht gerichtet zu sein, soll nach der Ansicht der russischen Regierung das Abkommen nur der Anfang einer Reihe von einzelnen Abkommen sein, die nach der Meinung der russischen Abordnung das Gesamtabkommen ergänzen sollen, auf das die in Genua versammelten Mächte eingehen. Diese Abkommen sollen als Grundlage für den Frieden und das Gleichgewicht in der Welt dienen.

Was Frankreich im besonderen betrifft, so ist die russische Regierung der Ansicht, daß es viele Berührungspunkte zwischen den Interessen der beiden Länder gibt, welche eine Übereinkunft erfordern. In dieser Hinsicht hat die russische Politik keine Veränderung erfahren, trotz der feindseligen Haltung, welche Frankreich seit mehr als vier Jahren gegen Russland einnehmen zu müssen glaubt. Die russische Regierung kann der feindseligen Haltung nicht verzeihen, daß diese feindselige Politik einen förmlichen Groll in der öffentlichen Meinung Russlands gegen Frankreich hervorgerufen hat, und daß abgesehen von dieser Politik kein Grund besteht, warum nicht die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Frankreich und seinen Verbündeten hergestellt werden sollen. Die russische Regierung ist ebenfalls davon überzeugt, daß ein Wechsel in der Haltung Frankreichs nicht nur notwendig, sondern auch im Interesse Deutschlands und Russlands ratsam ist, sowie im Interesse der Welt. Seien Sie überzeugt, Herr Präsident, daß die russische Regierung zu gerühmten, das den normalen Fortschritt der Genuaer Konferenz begünstigen können.

Schiffschiffers

Ein Memorandum an Russland

Nach dem Spezialbericht des Vertreters des VTB, aus dem die politische Unterkommission mit der Prüfung des von dem Redaktionskomitee aufgestellten Memorandumentwurfs beauftragt wurde, die sich mit der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Wiederherstellung Russlands beschäftigt und die Frage des Finanzfortschritts behandelt, wird angenommen, daß die russische Regierung für Russland, von jeder militärischen, politischen Propaganda Abstand zu nehmen. In der Einleitung werden u. a. auf die schwere Notlage des russischen Volkes hingewiesen. Wenn es auch gelungen sei, die Bedürfnisse des Weltmarktes an Lebensmitteln und Rohstoffen, die sonst von Russland bezogen wurden, aus anderer Quelle zu decken, so bedeute dies das Elend und die Not Russlands eine ernste Gefahr für die Welt. Russland biete große Zukunftsmöglichkeiten, brauche aber den notwendigen Lebensmitteln, Kleidung, Medizin, Eisenbahnmotoren, Waggonen, Motorbaumaschinen, Kleinwagen und Industriemaschinen. Alle diese Lieferungen können von dem Ausland für die vorläufigen Eigentümer wiederhergestellt werden, sobald die Schulden anerkannt sein werden, wird die Einleitung der unentbehrlichen Waren beginnen können. Das Kapital wird, sobald es das Vertrauen wiedergewonnen hat, nach Russland fließen. Initiative und Erfahrung der Ausländer werden zum Wiederaufbau des Landes beitragen können. Es gibt kein Land, das keine wirksame Hilfe am Werke des Wiederaufbaus leisten können. Alle in Genua vertretenen Länder haben ihren Willen zur Mitarbeit, ein jedes entsprechend seinen Kräften, Ausdruck gegeben.

Der Papst mahnt die Völker zum Frieden

Der Papst richtete an Kardinal Gaspari ein Schreiben, in dem er den lebhaften Wunsch ausdrückt, in der ganzen Welt einen wahren Frieden herzustellen, der in der Verwirklichung der Genuaer Beschlüsse besteht. Er könne nicht seine innige Genugtuung darüber verbergen, dankt den guten Willen aller die letzten Hindernisse beseitigt zu sehen, die anfänglich die Möglichkeit eines allgemeinen Einverständnisses zu entfernen schienen. Die Rückkehr der menschlichen Gesellschaft zu einem normalen Zustande, der in seinen Teilen im Wesentlichen mit den

Auf dem Weg zur Klarheit

Zur Krise in der U.S.B. schreibt der „Vorwärts“: Daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich in einer tiefgehenden Krise befindet, hat die Amtsniederlegung der „Freiheit“-Redaktion der Welt aufs neue in Erinnerung gerufen. Sie findet jetzt ihren berechneten Ausdruck in mehreren Aufsätzen, die in der von Freitreich herausgegebenen Wochenschrift „Der Sozialist“ erscheinen. Zwei der ausgezeichneten „Freiheit“-Redakteure, Herz und Prager, nehmen zu der Parteilinie das Wort. Und ihre Ausführungen leuchten tief in die Parteiverhältnisse hinein, deren Objekt die U.S.B. ist. Paul Herz spricht zunächst von der Denkschrift der alten „Freiheit“-Redaktion über die Fragen der Parteitaktik und konstatiert, daß der Parteirat die in der Denkschrift niedergelegten Ansichten abgelehnt habe, ohne sie im einzelnen zu beraten. Dafür hat man versucht, den Konflikt auf eine „geistige Depression“ Hülferdinges zurückzuführen. Demgegenüber betont Herz, daß es sich um eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Gruppen der Partei handle. Mit Ausnahme eines einzigen haben sämtliche Redakteure der „Freiheit“ nach dem Beschluß des Parteirates ihre Demission gegeben und zwar aus Gründen der Ueberzeugung, nicht lediglich aus Solidarität mit Hülferding. Der Konflikt der „Freiheit“-Redaktion, ebenso wie der Gegenstand in der Reichstagsfraktion bei der Stellungnahme zum Kabinett Birth wird, nach Herz, nur verschiedene Symptome des gleichen die ganze Partei beherrschenden Gegenstandes.

Demerkenswert sind einige Mitteilungen von Herz über die Behandlung der Steuerfragen auf dem Leipziger Parteitag der U.S.B. und in ihrem Manifest. In dem letzteren heißt es: „Die U.S.B. lehnt jede weitere Belastung der Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern.“ Durch diesen Satz wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob die unabhängige Reichstagsfraktion verpflichtet sei, unter allen Umständen Verbrauchssteuern ihre Zustimmung zu verweigern. Herz teilt aber mit, daß diese Formulierung gerade deshalb gewählt wurde, um die Möglichkeit offen zu lassen, daß für den Fall ausreichender Verbrauchssteuern die unabhängige Reichstagsfraktion Verbrauchssteuern zuzustimmen könne, weil damit keine neue Belastung der Arbeiterklasse eintrete, sondern eher eine Verminderung der Lasten erfolgen werde. Nur unter diesen Gesichtspunkten konnte das Manifest überhaupt einstimmige Annahme finden. Das hat in den Vorbereitungen besonders Hülferding immer wieder festzustellen. Bedauernd schließt Herz seine Ausführungen:

Der internationale Gewerkschaftskongreß

Lehte am fünften Verhandlungstage die Aussprache über die Erklärung fort. Besondere Vöhmern erklärte, wir seien dem Krieg nie so nahe wie heute. Die wirtschaftliche Krise und die Unfähigkeit, das Vertrauen zwischen den Vöhmern wieder herzustellen, müßte zu einer Katastrophe führen. Die Arbeiterklasse müsse energisch und listemäßig zur Kriegsgewalt erzwungen werden, da sonst mit einem Generalstreik kein Erfolg zu erzielen sei.

In einem Italien wies an Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials nach, daß die Staaten bis zu 50 Proz. ihrer Einnahmen für das Militär ausgeben und in manchen Fällen nur 1 Proz. für Schulen übrig haben. Der Militarismus freße die Staaten auf, und darum müsse diese barbarische Einrichtung niedergelassen werden.

Thomson, England sagt, daß Europa heute den Rest seines Wohlstandes für militärische Zwecke verschwende. In allen Ländern müsse der Kampf gegen Militarismus und Kriegspolitik organisiert werden. Solange wir nicht eine Einschränkung der Rüstungen erreichen, hat es keinen Zweck, von Fortschritt zu reden.

Die Schweiz beantragte namens des Internationalen Metallarbeiterbundes eine Entschließung, die fordert, daß ein kommender Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten ist. Im Kriegsfalle sollen alle der Internationale angeschlossenen Arbeiter die Arbeit niederlegen. Die Gewerkschaften werden verpflichtet, im Kriegsfalle die Kontrolle über die Waffen- und Munitionsfabriken auszuüben und diese auf das für die Abwehr der Staaten nötige Maß einzuschränken. Eine Kommission, in der alle internationalen Berufsvertretungen vertreten sind, soll den Zeitpunkt für die Durchführung des Generalstreiks gegen den Krieg bestimmen.

Thomson, Deutschland: Es genügt nicht, die Abrüstung zu fordern, der Militarismus muß beseitigt werden. Die vorschlagene Kommission muß von den Vertretern der Landeszentralen besetzt werden. Wenn es zum Krieg kommt, dann können nicht die Revolutionen, sondern dann müssen in allen Ländern alle Opfer gebracht werden, um die Katastrophe durch Aktionen der Arbeiter zu verhindern.

Thomson, England bezweifelt nicht, daß eine Einmütigkeit für ein Manifest gegen den Krieg herzustellen ist. Die Durchführung wird aber Schwierigkeiten machen. Darum muß den Arbeitern klar gemacht werden, daß der nächste Krieg der europäischen Zivilisation den Garaus macht. Die Größe der Kriegsgefahr steht in umgekehrtem Verhältnis zur Kraft und Einmütigkeit der internationalen Arbeiterkraft.

Nach einem kurzen Schlußwort Kliment, der sich mit dem Grundton der Diskussion einverstanden erklärt, wird die vorgeschlagene Resolution an eine Kommission zur endgültigen Formulierung gegeben.

Dann folgt die Beratung über die beantragte Aufnahme des Internationalen Arbeiterinnenbundes in den Internationalen Gewerkschaftsbund. Auf Vorschlag der Gewerkschaften Deutschlands wird zunächst von der Aufnahme abgesehen und der Kongreß beschließt einstimmig, daß Frauen und Männer grundsätzlich in gemeinsamen Gewerkschaften organisiert werden müssen, und daß dort, wo aus besonderen Gründen selbständige Arbeiterinnen-Organisationen bestehen, diese den gewerkschaftlichen Landeszentralen angeschlossen werden müssen, wenn sie in der Internationale vertreten sein wollen.

Die Verhandlungen über die Beamtengehälter

Berlin, 30. April. (Privattelegramm.) Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben ihre Vorschläge für die Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne dem Reichsfinanzministerium überreicht. Die Vorschläge verlangen keine Erhöhung der Grundgehälter, sondern nur eine Heraufsetzung beider Arten von Teuerungszuschlägen.

Schwere Grubenkatastrophe in Siebenbürgen

160 Todesopfer der Arbeit
Aus Bukarest kommt die Nachricht von einer schweren Grubenkatastrophe in den Kohlengruben von Lujany in Siebenbürgen. Die Katastrophe ist auf eine Kohlenstaubexplosion zurückzuführen. Etwa 160 Grubenarbeiter kamen dabei ums Leben, sechs sind schwer, fünf leicht verletzt. 54 Leichen sind vollkommen verlohrt, 28 scheinlich verunmündet. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Auf dem Weg zur Klarheit

Zur Krise in der U.S.B. schreibt der „Vorwärts“:

Daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich in einer tiefgehenden Krise befindet, hat die Amtsniederlegung der „Freiheit“-Redaktion der Welt aufs neue in Erinnerung gerufen. Sie findet jetzt ihren berechneten Ausdruck in mehreren Aufsätzen, die in der von Freitreich herausgegebenen Wochenschrift „Der Sozialist“ erscheinen. Zwei der ausgezeichneten „Freiheit“-Redakteure, Herz und Prager, nehmen zu der Parteilinie das Wort. Und ihre Ausführungen leuchten tief in die Parteiverhältnisse hinein, deren Objekt die U.S.B. ist. Paul Herz spricht zunächst von der Denkschrift der alten „Freiheit“-Redaktion über die Fragen der Parteitaktik und konstatiert, daß der Parteirat die in der Denkschrift niedergelegten Ansichten abgelehnt habe, ohne sie im einzelnen zu beraten. Dafür hat man versucht, den Konflikt auf eine „geistige Depression“ Hülferdinges zurückzuführen. Demgegenüber betont Herz, daß es sich um eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Gruppen der Partei handle. Mit Ausnahme eines einzigen haben sämtliche Redakteure der „Freiheit“ nach dem Beschluß des Parteirates ihre Demission gegeben und zwar aus Gründen der Ueberzeugung, nicht lediglich aus Solidarität mit Hülferding. Der Konflikt der „Freiheit“-Redaktion, ebenso wie der Gegenstand in der Reichstagsfraktion bei der Stellungnahme zum Kabinett Birth wird, nach Herz, nur verschiedene Symptome des gleichen die ganze Partei beherrschenden Gegenstandes.

Demerkenswert sind einige Mitteilungen von Herz über die Behandlung der Steuerfragen auf dem Leipziger Parteitag der U.S.B. und in ihrem Manifest. In dem letzteren heißt es: „Die U.S.B. lehnt jede weitere Belastung der Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern.“

Durch diesen Satz wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob die unabhängige Reichstagsfraktion verpflichtet sei, unter allen Umständen Verbrauchssteuern ihre Zustimmung zu verweigern. Herz teilt aber mit, daß diese Formulierung gerade deshalb gewählt wurde, um die Möglichkeit offen zu lassen, daß für den Fall ausreichender Verbrauchssteuern die unabhängige Reichstagsfraktion Verbrauchssteuern zuzustimmen könne, weil damit keine neue Belastung der Arbeiterklasse eintrete, sondern eher eine Verminderung der Lasten erfolgen werde. Nur unter diesen Gesichtspunkten konnte das Manifest überhaupt einstimmige Annahme finden. Das hat in den Vorbereitungen besonders Hülferding immer wieder festzustellen. Bedauernd schließt Herz seine Ausführungen:

„Die wissenschaftliche Erkenntnis ist mehr und mehr befeuert gebrängt worden von den über Gebühr und unberechtigt in den Vordergrund geschobenen Bedürfnissen der Agitation. Weil das schon vor dem Leipziger Parteitag in den internen Beratungen überaus deutlich geworden ist, hat dann schließlich Hülferding auf sein Referat (über die Steuerfrage) verzichtet, das eben diesen Gegenstand zwischen marxistisch-wissenschaftlicher Erkenntnis und parteipolitischen Agitationsbedürfnis deutlich zutage gefördert hätte.“

Eugen Prager berrät in seinen „Bemerkungen zur Krise der U.S.B.“, daß der neue Chefredakteur der „Freiheit“, Dittmann, den größeren Teil der alten Redaktion mit der Beibehaltung wiederzugewinnen suchte, das Mißtrauensvotum des Parteirates richtete sich nur gegen Hülferding. „So ist denn die neue Redaktion“, sagt Prager, „nur aus bewährten Parteikämpfern zusammengesetzt worden, von denen der eine vor etwa 3 Jahren seine kommunistischen Erfahrungen beendete hat, der andere vor einigen Monaten von der S.P.D. zur U.S.B.D. hinübergewechselt ist.“

Prager berichtet weiter, daß erst der Vorstoß jener Richtung, an deren Spitze Rosenfeld und Ledebour stehen, die Krise ausgelöst habe. Was die U.S.B. bis zu den Reichstagswahlen 1920 aufwärts geführt hatte, das war nach Prager „weniger die eigene Kraft, als die Schwäche der Sozialdemokratischen Partei“. In negativen, sagt er, konnte die U.S.B. einen Erfolg über den anderen haben. Sie hat a. B. mit aller Energie dafür gekämpft, daß unter dem Vertrag von Versailles die deutsche Interaktion gelehrt werde. Aber sie lehnte es ab, die Verantwortung für seine Durchführung zu übernehmen.

„Kurzum, die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie zeigte von je einen zweiseitigen Charakter, weil sie sich an der agitatorischen Wirksamkeit ihrer kritischen Argumente genügen ließ, dagegen stets verabsäumte, aus den gegebenen Verhältnissen die Schlussfolgerungen zu ziehen und das in der jeweiligen Situation für das Proletariat Erreichbare zu verwirklichen.“ Prager begnügt sich nicht mit der Kritik an dem bisherigen Verhalten. Er packt den Stier bei den Hörnern und erklärt rund heraus, daß die organisatorische Einigung der Arbeiterparteien eine dringende Notwendigkeit sei.

ging bei der Verhandlung gerade am Gericht vorbei und da drängte ihn die Neugierde zu sehen, wie der ihm unterstellte Staatsanwalt die Frage behandelte. Er wollte nicht eingreifen und nur zusehen. Da hörte er vom Abschluß eines Vergleiches. Infolge verschiedener Umstände griff dann Herr Oberstaatsanwalt Vender ein und führte dann mit dem Anwalt des Amtes ein Gespräch. Man kann sagen, ein derartiges Eingreifen ist nicht wünschenswert. (Sehr richtig!) Dies wird auch Herrn Vender zum Bewußtsein gekommen sein. Man kann jedoch nicht sagen, es handle tendenziös. Ich muß die ausgesprochene Tätigkeit des Oberstaatsanwalts Vender hervorheben. Gerade in Bekämpfung der Bucherei und des Schieberturns leistete er Ausgezeichnetes.

Herr Vender (H. S. P.) äußert Wünsche für die unteren und mittleren Justizbeamten. Vor dem Kriege hätte man eine Dienststelle des Justizbeamten, heute eine solche des Zentrums. (Weiter!) Wenn es das Zentrum nicht will, wird ein Beamter nicht befördert. Es geschieht nur das, was die Zentrumspartei will. Wenn die Kirche den Krieg legnete, so legnete sie auch den Nord. Gott hat das Eigentum für alle geschaffen. Ohne kapitalistische Angriffe würde es keine Verbrechen geben. Wenn die Frau nicht fähig sein soll, Mädchen zu werden, ist sie dann würdig, den Sohn zu erziehen, der Richter werden soll? Wir können der Justiz kein Vertrauen entgegenbringen. (H. S. P. rufte: Herr Justizminister! — Justizminister Trunt: Frau Vanger sagt nichts anderes als Sie.)

Herr Hanemann (D. M.): Herr Vanger, warum sagt Herr Landgerichtsrat Brauer, daß die Justiz nicht fähig ist, die heutigen Verhältnisse zu bewältigen? Herr Vanger, warum sagt Herr Landgerichtsrat Brauer, daß die Justiz nicht fähig ist, die heutigen Verhältnisse zu bewältigen? Herr Vanger, warum sagt Herr Landgerichtsrat Brauer, daß die Justiz nicht fähig ist, die heutigen Verhältnisse zu bewältigen?

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Beglaubigungen an den Notariaten. Justizminister Trunt: Die Möglichkeit der Beglaubigungen durch Rechtsanwältinnen wird sich bei einem demnächstigen Gesetzentwurf über die Notariate bieten. Wir schähen die Tätigkeit der Notariate gleich dem Richteramt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

Herr Vanger (H. S. P.) äußert sich zu den Gebühren der Ortsgerichtsmitglieder. Justizminister Trunt: Die Sache wird beim neuen Kostengesetz geregelt.

gegenwärtig zu verhandeln. Der Vorschlag trägt einerseits der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit einer vollen Ausnutzung des 8-Stundentages möglichst Rechnung, berücksichtigt aber auch die bisherige Regelung der Arbeitszeit und die Anforderungen der beiden Streikteile. Er geht dahin, daß die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festgelegt und darüber hinaus für Fälle, in denen betriebswirtschaftliche oder allgemein wirtschaftliche Gründe die Mehrarbeit erfordern, die Verpflichtung zur Leistung einer weiteren Arbeitsstunde anerkannt wird. Diese Arbeitsstunde soll nach vorheriger Rücksprache mit der gewerkschaftlichen Betriebsleitung geleistet und wie eine tarifliche Arbeitsstunde bezahlt werden. Bei Streit über die Notwendigkeit dieser Mehrarbeit, der nicht durch Anrufung der Gewerkschaften beigelegt ist, soll der zuständige Gewerbe-Aufsichtsbeamte entscheiden. Bei guter Konjunktur der Metallindustrie soll eine Vermutung für die Notwendigkeit der Mehrarbeit sprechen, sofern nicht Unterlagen dafür beigebracht werden, daß der einzelne Betrieb an der guten Konjunktur keinen Anteil hat. Hinsichtlich weiterer Überleitungen soll es bei der tariflichen Regelung bewenden. Die Gewerkschaften sollen aber bei ihren Mitgliedern und bei den Betriebsverteilungen dahin wirken, daß die nach den wirtschaftlichen Verhältnissen notwendigen Arbeitsstunden unter den gewerkschaftlichen Voraussetzungen geleistet werden. Der Reichsarbeitsminister legt beiden Parteien dringend nahe, ernstlich zu prüfen, ob sie nicht einer Regelung auf dieser Grundlage zustimmen und damit eine Verlängerung oder Verschärfung des derzeitigen Kampfes verhüten können. Er weist darauf hin, daß die Vorteile, die durch eine Verringerung der Streikzeit für die Parteien selbst und darüber hinaus für die Allgemeinheit erreicht werden, so groß seien, daß dadurch das dem grundsätzlichen Standpunkt gebrauchte Opfer bei weitem aufgewogen würde.

Karlsruher Bürgerauskunftszug

Karlsruhe, 29. April.

Zur Erledigung der restlichen 3 Punkte der Tagesordnung der letzten Bürgerauskunftszug gestern eine Sitzung statt, zu der sich nur 69 Mitglieder einfanden, trotzdem die Vorlagen von sehr wichtiger Natur waren. Es war ganz am Platze, daß der Oberbürgermeister die Mitglieder der Parteien derselben nach der neuen Gemeindeordnung aufmerksamer machte, wonach die Mitglieder rechtzeitig und vollständig zu erscheinen haben. Gegen die Säumnisse sind vorgeschrieben worden. Wer dreimal unentschuldig fehlt, kann aus dem Kollegium ausgeschlossen werden. — Abends trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Als erste Vorlage kam die Verlegung der Stadt Karlsruhe mit elektrischer Energie zur Beratung. Zur Sicherstellung der Leistung des Elektrizitätswerks soll ein Hochleistungsfestel von 500 Quadratmeter Fläche mit Zubehör erstellt werden. Der dafür erforderliche Kostenaufwand ist auf 7,5 Millionen Mark festgesetzt. Zur Begründung der Vorlage führte Oberbürgermeister Dr. Finter aus, daß es sich bei der Elektrizitätsversorgung um ein Zukunftsbau und kein Augenblicksprojekt handelt. Zur Sicherstellung des Strombedarfs wären drei Möglichkeiten vorhanden, nämlich: 1. Erweiterung des bestehenden Elektrizitätswerkes, 2. Bau einer eigenen Wasserkraftanlage und 3. der Strombezug vom Badenwerk. Nach derzeitigem Stand der Dinge ist die Wasserkraftanlage die wirtschaftlichste Lösung. Für den Ausbau der Wasserkraftanlage seien schon vorläufige Verhandlungen im Gange. Der Bescheid ist, werde sich für die Wasserkraftanlage entscheiden, während der Ökonomie in seiner Hoffnung auf Verringerung der wirtschaftlichen Lage und angesichts der hohen Kosten für ein Wasserkraftwerk für die andere Form der Stromerzeugung eintreten dürfte. Ein Ausweg biete der Vertrag mit dem Badenwerk, denn durch den Ausbau der Wasserkraftanlage durch den Stadt der Strombedarf gedeckt. Dem badischen Staat sollte Redner Anerkennung für den Ausbau der Wasserkraftwerke zur Stromerzeugung.

Im Namen des Stadtvorstandes empfiehlt der stellv. Stadtvorstand Gen. Rothweiler die Annahme der Vorlage. Er bemerke, daß es genügt, wenn man das Kraftwerk Schenkelzell ausgebaut werden könnte, doch gehe dies nicht zum Aufgabekreis der Stadt Karlsruhe allein. — Stadtv. Finter (H. S. P.) verlangte den Ausbau der Elektrizitätsversorgung, sobald die Stromlieferung in jeder Beziehung genügen könne. Der von der Stadterwaltung vorgelegenen Form sei zuzustimmen, da sie die beste Lösung darstelle. Der Ausschuss, der hier in Karlsruhe für die Festlegung der Strom- und Gaspreise angestellt wurde, solle man nicht mehr anwenden. — Stadtv. Finter (D. M.) trat für Annahme der Vorlage ein. Die Hoffnungen auf den Aufbruch hätten sich nicht erfüllt. — Stadtv. Gen. Brull gab für die Sozialdemokratie die Erklärung ab, daß sie der Vorlage zustimme. Ohne Kraftwerk keine Industrie, ohne Industrie kein Wirtschaftsleben! Wenn auch allgemeine volkswirtschaftliche Gründe für den Bau der Wasserkraftwerke sprechen, so sei die Erstellung des Werkes in Schenkelzell mit zu großem Risiko verbunden. Die Versorgung der Städte mit elektrischer Energie und der Bau und Ausbau der Wasserkraftwerke gehöre zu den Pflichten von Reich und Staat. Die Sozialdem. Fraktion komme zu demselben Schluß wie die Stadträte. — Stadtv. Finter (H. S. P.) bekannte sich ebenfalls als Freund der Vorlage und erklärte, daß auch seine Fraktion der Errichtung des Wasserkraftwerks Schenkelzell nicht zustimmen könne. — Stadtv. Finter (D. M.) stimmte der Errichtung des Hochleistungsfestels zu. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der Vorlage. — Die weitere Vorlage

Aufnahme einer Anleihe von 60 Millionen wurde von Bürgermeister Dr. Klein Schmidt begründet. — Stadtv. Widmann (H. S. P.) war der Ansicht, daß in Zukunft keine Wohnungen aus Anlehensmitteln gebaut werden sollten, sondern die Wohnausgabe müsse man dementsprechend ausbauen. Daß die Sparkasse als Darlehensgeberin für die Stadt in Betracht komme, sei gerade nicht erfindlich. Die Zentrumspartei stimme der Vorlage zu. — Die Vorlage wurde jedermann einstimmig angenommen.

Als letzter Punkt stand die Vorlage der Durchführung des Fortbildungsschulgesetzes auf der Tagesordnung. Bürgermeister Dr. Klein Schmidt begründete die Vorlage, die wir ja schon kürzlich besprochen haben. Es sollen Anaben wie Mädchen drei Jahre die Fortbildungsschule besuchen mit wöchentlich 10 Stunden Unterricht. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt eine Veränderung des § 4 und zwar dergestalt, daß die nicht hier wohnhaften Fortbildungsschulpflichtigen verpflichtet sind, die hiesige Fortbildungsschule zu besuchen. In der Vorlage heißt es nämlich, daß den nicht hier wohnhaften Fortbildungsschulpflichtigen auf Antrag die Teilnahme am Unterricht gestattet werden kann. Der Stadtrat hat den sozialdemokratischen Antrag berücksichtigt und demgemäß den § 4 abgeändert. Ein Antrag der Unabhängigen will den Religionsunterricht ausgeschlossen und dafür Lebenskunde und wirtschaftliche Fächer eingeführt werden. Für den Stadtvorstand erklärte Gen. Rothweiler, daß die Annahme der Vorlage und des sozialdemokratischen Antrages. — Frau Stadtv. Oeder (D. M.) trat ebenfalls dafür ein. Da der Religionsunterricht nun Gesetz sei, müsse er auch durchgeführt werden. — Stadtv. Strobel (H. S. P.) machte für die Einführung des Religionsunterrichts historische und verfassungsmäßige Gründe geltend. Das, was man mit der Fortbil-

dungsschule jetzt wolle, entspreche nur der Verfassung. Der Unterricht könne nicht am Abend abgehalten werden, wie man in Metzger- und Wälderzeiten meine, sondern er müsse während des Tages stattfinden. Zum Schluß trat Redner nochmals für den Religionsunterricht ein.

Den Standpunkt der Sozialdem. Fraktion legte Gen. Stadtv. Wilhelm dar, und zwar von der pädagogischen Seite unter Berücksichtigung unserer programmatischen Grundzüge. Er gab vor allem der Freude Ausdruck, daß sämtliche Redner für die Vorlage und damit für die Erweiterung des Unterrichts und für den sozialdem. Antrag sich ausgesprochen haben. Die Sozialdemokratie wolle eine Religionsdebatte vermeiden, in unserer Partei gäbe es Freidenker und Gläubige. Die Sittenlehre finde bei jedem Kadetten Bildung, unsere Aufgabe müsse es sein, diejenigen jungen Leute, die sich vom Religionsunterricht abwenden, nicht sich selbst zu überlassen, sondern ihnen anzunehmen. Durch einen guten Moralunterricht wollen wir sie wieder anziehen. In der Republik sei eine höhere Moral notwendig wie in der Monarchie. Der Ausbruch Humboldt's, daß man nichts in das Leben einführen könne, was man nicht vorher in der Schule eingeführt habe, treffe voll auf zu, deshalb heißen wir die Einführung eines Sittenunterrichts in der Fortbildungsschule gut.

Stadtv. Finter (H. S. P.) wandte sich hauptsächlich gegen die Einführung des Religionsunterrichts und bezeichnete sie als reaktionären Rückschritt. Durch die Religion könne die gesamte Moral nicht gehoben werden, man solle lieber die allgemeine Moral des Volkes heiligen. — Stadtv. Strobel (D. M.) gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß aus der Vorlage zu ersehen sei, daß wir ein christliches Volk sind. — Stadtv. Gen. Strobel (H. S. P.): Die Sozialdem. Fraktion hat im Landtag gegen die Einführung des Religionsunterrichts gestimmt, jedoch nicht aus religiöser Feindschaft. Der Religionsunterricht hat nicht das erhoffte Gute gebracht. Alkohol und Nikotin hat die Moral so weit heruntergebracht, deshalb sollte der Bekämpfung dieses Übels in der Fortbildungsschule Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die beste Erziehung ist das gute Beispiel der Lehrer. Der Vorlage werden wir zustimmen, da ja der Landtag das Gesetz beschlossen hat und davon im Bürgerauskunft nichts geändert werden kann. — Stadtv. Finter (H. S. P.) anerkennt die Stellungnahme des Genossen Wilhelm zur Frage des Religionsunterrichts. Was wir heute brauchen, sei Geist, Wille, Opfer, Tat. In der Fortbildungsschule kommt es darauf an, in der Religion zu unterrichten. Derselbe soll nicht bloße Katechismuslehre sein. Der Religionsunterricht müßte auch an der Handels- und Gewerbeschule eingeführt werden. — Stadtv. Finter (H. S. P.) wandte sich gegen die Ausführungen seines Vorredners, worauf die Vorlage mit der von den Sozialdemokraten beantragten Abänderung einstimmig Annahme fand. — Schluß der Sitzung 18 Uhr.

Der Prozeß über die Eisner'schen Dokumente

(Fortsetzung)

München, 28. April. (Eig. Bericht.) Der heutige Verhandlungstag des Prozesses über die Eisner'schen Dokumente hat sehr zum Leidwesen der Münchener nationalsozialistischen Presse, welche die Ausragung der Angelegenheit vor Gericht sich wohl ganz anders vorgestellt hat, den Beweis von der Aufrichtigkeit und dem ehrlichen Willen Kurt Eisner's auf der einen Seite und der Unfähigkeit und Ungehörigkeit der vor seinem Mittel zurückstehenden deutschen Vorkriegsdiplomatie andererseits gebracht. Es wurde eindrucksvoll erklärt, daß Kurt Eisner neben den feststehenden Tatsachen auch noch eine Auffassung an der Reichsregierung gerichtet hat, alle Kriegsdokumente unbeschränkt zu veröffentlichen. Der skrupellose Verleumder Kurt Eisner, der Rektor der Münchener Universität Alexander v. Müller, mußte vor Gericht zugeben, daß ihm die Verächtlichmachung Eisner's über die Urheberschaft des sogenannten Verheerlichen Verzeichnisses bekannt gewesen sei in dem Augenblick, in dem er vor aller Öffentlichkeit den Vorwurf der Fälschung gegen Eisner erhoben hatte. Die persönliche Unfähigkeit Eisner's bezog sich u. a. Graf Coblen, Legationsrat der bayerischen Gesandtschaft in Berlin. Er gab aus seinen Aufzeichnungen eine Unterredung mit Eisner bekannt, in welcher dieser Lloyd George und Wilson als aufrichtige Männer und Idealisten bezeichnete. Er hätte das größte Zutrauen zu ihnen und ließe sich darin nicht irren machen. Ferner bezog sich der bayerische Staatsrat v. Wölffel, daß Eisner in einer Besprechung mit den Ministerialbeamten den Eindruck gemacht hätte, er habe in dem Wahn befangen gehandelt, damit etwas Gutes für Deutschland zu tun. Der einzige, der mit Eisner auf den letzten Eisner warf, war der Führer der bayerischen Demokraten, Dr. Dier, der die Tatsache, daß Eisner das bekannte Material mit nach Hause nahm, zu der Unterstellung mißbrauchte, Eisner habe seine angebliche Fälschung durch Veseitigung der Originale verbergen wollen. Er hätte die Dokumente sofort zurückfordern müssen. Auch der Vorhalt des Privatklägers, daß Eisner daran ja durch seine Ermordung verhindert worden sei, stürzte den heillosen Wahnwahn nicht in seinen Wahnwahn des toten Eisner's.

Die Verhandlung ergab aber noch eine weitere Belohnung der Vorkriegsdiplomatie durch die eindrucksvolle Erklärung der Zeugen über den Kriegsausbruch. Staatsrat Wölffel sah sich zu dem Geständnis gezwungen, daß er ausgerechnet die drei Gesandtschaftsberichte über die Vorgeschichte des Krieges am 8. November 1918 habe verbrennen lassen, angeblich aus Angst vor dem Wahnwahn derselben durch die Revolutionäre. Wölffel machte vor Gericht ein schändliches Aufgebot höherer Befehle, die den Einbruch des Krieges in Deutschland herbeiführten, die den Einbruch des Krieges in Deutschland herbeiführten, die den Einbruch des Krieges in Deutschland herbeiführten.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Die Verhandlung ergab aber noch eine weitere Belohnung der Vorkriegsdiplomatie durch die eindrucksvolle Erklärung der Zeugen über den Kriegsausbruch. Staatsrat Wölffel sah sich zu dem Geständnis gezwungen, daß er ausgerechnet die drei Gesandtschaftsberichte über die Vorgeschichte des Krieges am 8. November 1918 habe verbrennen lassen, angeblich aus Angst vor dem Wahnwahn derselben durch die Revolutionäre. Wölffel machte vor Gericht ein schändliches Aufgebot höherer Befehle, die den Einbruch des Krieges in Deutschland herbeiführten, die den Einbruch des Krieges in Deutschland herbeiführten, die den Einbruch des Krieges in Deutschland herbeiführten.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Das traurige Licht auf die deutsche Diplomatenzunft aber warf der ehemalige Legationsrat bei der Obersten Heeresleitung, v. Versner, der ja bekanntlich an den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen teilgenommen hat. Dieser versuchte den Beweis der schändlichen Witzung der Eisner'schen Veröffentlichung auf den Friedensvertrag zu erbringen durch eine geschichtliche Ausbeutung der Verhandlung der deutschen Delegation 1919 in Versailles. Etwas Positives konnte er darüber nicht bringen. Den besten Eindruck machte immer noch der 78jährige Graf Versner, der sich mit einem Mut zu seinen Berichten bekannte und persönlich die Wange der bewährten Ironie der Öffentlichkeit auf sich nahm.

Aus der Partei

Die Parteiorganisation Groß-Frankfurt veröffentlichte in den 6. Teilungsstellen umfassenden Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr 1921/22. Der Bericht zeigt im ganzen ein recht erfreuliches Bild. Die Mitgliederzahl ist von 13.812 auf 14.892 gestiegen. Davon waren 2184 weibliche Mitglieder. Nach Beendigung des Krieges im Jahre 1919 wählte die Organisation 10.778 Mitglieder. Diese Zahl ist, die die Partei in Groß-Frankfurt eine recht erfreuliche Aufwärtsentwicklung durchgemacht hat. Der jetzige Mitgliederstand reicht mit 3500 weit über den Bestand hinaus, den die Partei vor dem Krieg aufzuweisen hatte. Obwohl die linksgerichteten Arbeiterparteien keine Mitgliederzahlen veröffentlichten, kann doch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Sozialdemokratische Partei mindestens doppelt so stark ist, als alle übrigen Arbeiterparteien zusammen. Der Bericht bedauert bei der Besprechung der Parteifinanzien, daß die Kassensprekäre leider mit dem organisatorischen Erfolg nicht Schritt halten können. Die Entwertung des Geldes, die Arbeitslosigkeit tragen die Schuld daran. Trotzdem die Einnahmen von rund 880.000 M im Jahre 1921 auf 625.000 M im Jahre 1922 stiegen, ging das Vermögen um fast 20.000 M zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Parteiorganisation Frankfurt verpflichtet hat, 60 bis 70 Prozent der laufenden Einnahmen abzuliefern.

Gewerkschaftliches

Lohnverhandlungen mit den Buchdruckern
Berlin, 29. April. Nachdem die Lohnverhandlungen im Tarifstreik der Buchdrucker ergebnislos verlaufen waren, ist gestern in später Nachmittags in Reichsarbeitsministerium ein Schlichter ernannt worden, der den Buchdruckergehilfen und dem Betriebspersonal eine weitere Lohnverhöhung in den gleichen Ausmaßen wie sie für April vereinbart war, zurpricht.
Zum Streit in der süddeutschen Metallindustrie
Ein Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministers
Nachdem die Verhandlungen am 12. und 13. April 1922 in Ostelberg ergebnislos verlaufen sind und auch die Abstimmung der Arbeiter über den damaligen Vorschlag der Reichsarbeitsminister eine starke Mehrheit gegen den Vorschlag ergeben hat, hat der Reichsarbeitsminister nunmehr an alle Streitkräfte die Aufforderung gerichtet, sich in der hauptsächlichsten Streitfrage, der Neuordnung der Arbeitszeit, im Wege gegenseitigen Ent-

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Turnen und Sport

Der Arbeiter-Sport am letzten Sonntag

Privatspiele

Wankenschach — Union-Karlsruhe. Zur Bereicherung des Programms der Meisterschaft auf dem Sportfeld des Arbeiterturnvereins hatten die Wankenschacher Arbeiterpartei die „Union“ von Karlsruhe zu einem Freundschaftsspiel zu Gast, wobei die Zuschauer ein faires, an interessanten Momenten reiches Spiel genießen konnten. Das Ergebnis ist: Wankenschach — „Union“ 1. Mannschaft 0:1, 2. Mannschaft 2:1.

Freundschaftsspiel: Fr. T. Aue — 1. Sp. B. Durlach. 1. Mannschaft 2:4 (2:0), 3. Mannschaft 1:1, alte Herren 1:0. Wieder einmal trafen sich zwei Lokalgegner. Es sollten aber Freundschaftsspiele sein, was am Anfang voll zur Geltung kam, zum Schluß wurde das Spiel etwas hartnäckig, blieb aber doch im Rahmen des Erlaubten. Aue durch gutes Zusammenfinden erzielte in kurzen Abständen 2 Tore und blieb so bis Halbzeit. In der zweiten Spielhälfte war Durlach besser. Durch einen Schmeißer, der seine Verletzung nicht hatte, gab Durlach das erste Tor, dem kurz darauf das zweite folgte, bei dem es bis zur regulären Spielzeit blieb. Weiter verfiel die Uhr des Schiedsrichters, jedoch durch Irrtum von außen festgestellt wurde, daß schon 7 Minuten über die Spielzeit gespielt wurde, in deren Zeit Durlach 2 weitere Tore machte, was auch als Leistung anzuerkennen ist. Die dritten Mannschaften waren ebenbürtig. Das schönste Spiel lieferten die alten Herren. Würziger Humor und kein verflüchteter Geiz nach Toren zeigte sich hier, sodas das Spiel für die Zuschauer trotz des trüben Wetters eine Erheiterung war. Auch der Turnerspruch am Schluß sei den jüngeren als Beispiel empfohlen, wie aus einer Kehrle erklingt das „Frei Heil“. Jugend, das war alter Turnersport und Turnerspiel! Das Spiel leitete einer der ältesten Turngenossen des Vereins zufriedenstellend. G. G.

Die Einwirkung des Schwimmens auf die Blutzirkulation

Schon durch die Kälte des den Körper umgebenden Wassers wird das Blut aus der Haut zurück und zu den inneren Organen hingedrangt, das Herz wird zu größerer Arbeit genötigt, kommen noch dazu die Bewegungen des Schwimmens, des Dauer Schwimmens oder gar des Springens und Wettschwimmens, so springt der Pulsschlag schnell von 70 bis auf 100, ja auf 120 und mehr hinauf. In schnellerem Laufe eilt das Blut durch die Adern auch bis in die äußersten Spitzen, überall Nahrung spendend und schädliche Fremdstoffe mitnehmend oder vernichtend. Vermehrt wird diese Wirkung durch die unter dem Einfluß des Wassers und der Körperbewegung stattfindende mächtige Zunahme der Blutzellen. Obwohl beständig im Körper, so sind sie während der übrigen Zeit für denselben doch wertlos, da sie in der Ruhezeit untätig liegen und nicht gebraucht werden. Der vermehrte Säftestrom ist aber ein Kreisstrom; daher das frische, freundliche Kraftgefühl, das wir nach jedem Schwimmbade empfinden. Für die Herzfähigkeit bedeutet diese Vermehrung der Blutzellen eine bedeutend größere Arbeitsleistung. Häufigere stärkere Arbeit des Herzmuskels aber steigert die Kraft der Muskelfasern des Herzens, verdrängt die Herzwände und vergrößert den Herzumfang im gesunden Maße. Daraus ergibt sich ein höherer Grad vornehmlich das fähige Schwimmbad von maßgebendem Einfluß für eine gesunde und kräftige Entwicklung des Herzens, besonders während der Zeit des Wachstums, sein kann. Durch die außerordentliche Vermehrung der Blutzellen und das Hinströmen derselben zu allen Teilen des menschlichen Körpers wird gleichzeitig eine Ernährung und wohlthuende Erfrischung des gesamten Nervensystems bewirkt. Wenn wäre nicht das mögliche Gefühl leichter Entlastung und geistiger Spannkraft bekannt, das nach einem kühlen Schwimmbade uns stets überkommt! Eine regelmäßige Wiederholung solcher Bäder vermag nun selbstverständlich nicht nur eine vorübergehende Erfrischung, sondern auch eine dauernde Stärkung des Nervensystems herbeizuführen. Diese nervenstärkende Wirkung ist es aber gerade, die der großschädlichen Bewässerung so überaus nützt. Denn der kaffende Warm des Strahlenstrahlens, die beständigen Geräusche und plötzliche wechselnden Bilder des Stimmens und Brausens der vielen Maschinen, dazu die Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen und die stetig sich jagenden Vergewaltigungen müssen endlich zu echter Massenhygiene führen. Deshalb, geht Schwimmen!

Sollen Arbeiterfrauen und Mädchen radfahren?

Diese Frage ist schon mit Rücksicht auf die ins Unermessliche gesteigerten Verkehrspreise zu bejahen. Aber auch von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, muß man für das Radfahren der Frauen und Mädchen aus dem Volke grundsätzlich dazusetzen, wo es sich ermöglichen läßt. Die meist recht schwer arbeitende Frauenvolk, welche den Arbeiterkreisen angehört, bedarf zweifellos der Erholung und Abwechslung ebenso sehr wie jeder Mensch, dessen Tagewerk kein leichtes ist. Mittel und Wege dafür, daß das weibliche Hauptglied der Arbeiterfamilie etwas freie Zeit zur Ausübung des Radfahrens erhält, werden und müssen sich finden, namentlich wenn die Kinder schon älter sind.

Das Radfahren als einer der weitverbreitetsten und vollstimmlichsten Art der Sportart ist vermöge der vorzüglichen Wirkungen, die es auf den Gesamtorganismus des Menschen ausübt, ganz besonders dazu geeignet, mit zu der so notwendigen Verbesserung und Kräftigung unserer Menschheit beizutragen, an welche das Leben in Bezug auf Lebensfähigkeit immer größere Anforderungen stellt. Einfachheit und Bequemlichkeit in der Ausrüstung, Einfachheit und Mäßigkeit in Verbindung mit Luft, Licht und Wasser bilden das uralte Grundrezept für unser Wohlfühlens. Diejenigen, welche sich vielfach von dem eblen Sport des Radfahrens abgewandt oder die Ausübung desselben als ihrer „Wilde“ (?) nicht entsprechend von sich gemessen haben, die dagegen beispielsweise das Radfahren in Kraftfahrzeugen in nervenzerrüttender Weise betreiben gehören folgerichtig nicht zu denjenigen, auf deren Schültern sich der Menschheit bessere Zukunft aufbauen kann. Gesundheit und gesunde Nerven dagegen sind wahre lauffähige Förderer und Vorarbeiter jedes vernünftigen Fortschritts.

Anträge und Aufnahmen in den Arbeiterradfahrerbund werden von allen Funktionären der Arbeiterradfahrervereine entgegengenommen.

Fortschritte im Arbeiter-Athletenbund

Von Seiten der Bezirksleitung wird uns mitgeteilt, daß es mit dem Beitritt der Athletenvereine zum Arbeiter-Athletenbund sehr schon vorwärts geht. Vor etwa mehr wie Jahresfrist war vom Arbeiter-Athletenverband im Bezirk Karlsruhe so viel wie kein Verein bei demselben und heute gehören die Karlsruher Athletenvereine, ferner die Vereine Karlsruhe-Mühlburg, Amelingen, Daxlanden, Rastatt, Dagsfeld, Gröbningen und Forstheim demselben an. Zwei weitere Vereine haben sich angemeldet und hoffentlich wird es nicht allzu lange dauern, bis auch die im Bezirk noch vorhandenen Athletenvereine dem guten Beispiel nachfolgen. Die Mitglieder in diesen Vereinen, in der Mehrzahl aus Arbeitern bestehend, müssen sich davon überzeugen, daß nicht in dem im bürgerlichen Fahrwasser schwimmenden deutschen Athletenverband ihr Platz sein kann, sondern im Arbeiter-Athletenbund!

Sonderklasse Gruppe 1 (Karlsruhe)

Am Sonntag, den 7. Mai, findet das erste Gruppen-Sportfest in Aue statt. Vormittags 8 Uhr beginnen die Einzelkämpfe, nachmittags von 1 Uhr ab Fußballspiele. Vereine, welche die Frage dazu noch nicht eingeleitet haben, sollen sofort ihrer Pflicht nachkommen. Für alle Vereine der Gruppe ist am 7. Mai Spielort. Emil Hägele, Gruppenspielleiter.

Jugend

„Das Wirtshaus der Jugend“

Von A. Strahmann
Ein Wirtshaus... Grau und verstaubt liegt es in dem Hof schmalen, verstaubter Häuser, die Fenster trüb und beschlagen, die Jungen Mädchen dahinter kaum vom Tabakrauch. An und für sich nichts Besonderes, ein Wirtshaus, wie sie zu Tausenden in unseren Straßen stehen.

Aber doch hat dieses Wirtshaus etwas, das es von andern Wirtshäusern unterscheidet. Es hat eine unendlich traurige Besonderheit: hier verkehren nur Jugendliche, nur junge Mädchen und Mädchen von vierzehn bis zwanzig Jahren. Ein in der Nähe liegender Sportplatz brachte das Wirtshaus zu dieser traurigen Verarmtheit. Hier jogten sich die jungen Mädchen zum Fußball um, hier „feierten“ sie abends ihre Siege, und was lag näher, als daß der geschäftsführige Wirt die Konjunktur ausnutzte, Tanzmusik bestellte, um an Stelle der Ermadungen, die sich unter den fernenden Augenblenden nicht mehr heimlich fühlen, sein Lokal jeden Samstag- und Sonntagabend voll zu drängen, größerer Bier- und Schnapstrunkener junger Leute zu haben.

Neben Samstag und Sonntag daselbst: drinnen Lärm, unterdeutendes Mädchenkreischen, launelnde Schallten hinter dem Fenster; draußen: drinnen auf der Straße, gekrümmte Gestalten, schmachtige Jungen, kaum der Säule entwachsend, grün und gelb im Gesicht und würgen an dem unbedenklichen Gift.

Und je weiter die Nacht vorrückte, um so toller das Treiben, um so mehr Gemütsüber vor dem Hause... bis sie nach Hause gehen. Aber in dem, launelnd, kratzt an Zeit und Seele. Und das Treiben, es ist fast ausnahmslos proletarischer Jugend, die so Sonntag für Sonntag auf die Kräfte einer stuppischen Wirtin, auf die Aufmerksamkeiten eines mißverstandenen Sperles hereinfällt, die ihr in mühsamer Arbeit verdientes Geld zum einen Mann eugibt.

Wenn ich morgens an dem überaus trüben Lokal vorbeigehe, wo aus den offenen Fenstern der unenträglich Dampf von Qualm und Rauch und süßlichem Bier herausquillt, wo ein verstaubtes Dienstmädchen mit müden Händen Eimer Wassers über den verstaubten Bürgersteig gießt, dann sehe ich im Geiste immer frische, lachende Jugend, unsere Arbeiterjugend, mit klaren Augen und der bewußten Einfachheit und Mäßigkeit vor mir, und dann freue ich mich, daß, obwohl ihr zwar noch viel zu tun übrig bleibt, sie diesen ihren Weg geht und ihn zum Ziele gehen wird.

Wann können fortbildungspflichtige Jugendliche über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden?

In der bürgerlichen Presse wird von Arbeitgeberseite auf Grund einer Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichts die Sache so dargestellt, als ob es rechtlich zulässig sei, Jugendliche ohne weitere die für den Schulbesuch notwendige Zeit nacharbeiten zu lassen. Diese Darstellung ist falsch! Der Arbeitgeber kann nur dann in der Beschäftigung fortbildungspflichtiger von der für seinen Betrieb regelmäßigen Arbeitszeit abweichen, ohne sich strafbar zu machen, wenn eine entsprechende Festsetzung der Arbeitszeit, die im Einverständnis mit der Betriebsverwaltung erfolgt sein muß, Ausnahmen für Jugendliche vorsieht. Dies wird kaum irgendwo der Fall sein; infolgedessen macht sich der Arbeitgeber strafbar, wenn er eigenmächtig für die Schulpflichtigen eine von der Regel abweichende Arbeitszeit festsetzt.

Für die Betriebe, die sich aus dieser Sachlage die Abwechslung, auf Inanspruchnahme von dem festgesetzten Beginn und Ende der Arbeitszeit aus für die Jugendlichen zu achten. Darüber hinaus müssen selbstverständlich die Verträge der Arbeitgeber, für die fortbildungspflichtigen im Einverständnis mit dem Betriebsrat eine andere Arbeitszeit festzusetzen, zurückgewiesen werden. Die Jugendlichen selbst aber haben die Pflicht, sich um die für ihren Betrieb geltende Arbeitsordnung zu kümmern, um etwaige Gesetzesverletzungen ihrer Arbeitgeber feststellen zu können. Für Abänderung und Anzeige werden die Organisationen dann schon Sorge tragen.

Gegen die Einschränkung des Sonntagsfahrverkehrs. Zu der geplanten Einschränkung der Sonntagsfahrkarten hat der Gau Baden des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ Schritte unternommen, um sämtliche Interessen zur gemeinsamen Abwehr zu vereinen. Nicht Abbau, sondern allgemeine Einführung dieser Karten muß das Ziel sein.

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
Kofferfabrik
Karlsruhe i. B. Telef. 2165
Waldstr. 45
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte 7840

An die arbeitende Jugend aller Länder!

Namenloses Elend haben die vereinigten Nationalitäten, Militaristen und Imperialisten aller Länder durch den Weltkrieg der arbeitenden Menschheit bereitet. Vermehrt und grenzenlos gesteigert werden die Leiden der arbeitenden Klasse durch eine schamlose Ausbeutung dieser Vorklage durch die kapitalistischen Machthaber. Unter diesen Zuständen leidet die arbeitende Jugend am schwersten. Ihre schwachen Kräfte sind schuldig der Ausbeutung preisgegeben. Zum Protest gegen diese Ausbeutung rufen wir die gesamte arbeitende Jugend aller Länder auf, den internationalen Jugendtag am 24. und 25. Juni zu

machtvollen Kundgebungen
auszugestalten. Gerade zur Zeit der Sommerferien, die die Nationalisten in manchen Ländern zum Anlaß nehmen, für ihre verhängnisvollen völkerverhetzenden Ziele zu demonstrieren, muß das weitere der Auf des völkerverhetzenden Sozialismus weichen. Damit wird die Kundgebung auch zu einem flammenden Protest gegen den völkerverhetzenden Militarismus. In der Erkenntnis, daß unter der kapitalistischen Wirtschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, ihre Forderungen nicht erfüllt werden können, bekämpft sich die proletarische Jugend an diesem Tage erneut zum internationalen Klassenkampf, gegen die Ausbeutung und erhebt ihre Forderungen: **Wahrheit! Ausreichenden Schutz für die arbeitende Jugend! Völkerrfrieden!**

Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! Zeigt durch Massenbeteiligung Eurer entschlossenen Willen, mit uns für diese Forderungen zu kämpfen. Doch die internationale Solidarität der arbeitenden Jugend!

Arbeiter-Jugend-Internationale,
Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.

Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Karlsruhe. Einfindungen und Lösungen sind an die Red. des „Volkstrend“ (Schachabteilung) zu richten.

Lokal des Arbeiter-Schach-Klubs: „Solmen“, Ludwigplatz.
Spielabende: Montags und Freitags abends 1/8 Uhr.
Paris Nr. 2

Damen-Gambit

Subopfer Verteidigung
Geöffnet am 14. April 1922

Weiß (Schindler)	Schwarz (Wogelbacher)
1 d2 — d4	S 8 — f 6
2 c2 — e 4	e 7 — e 5

Diese Verteidigung des Damengambits wurde erstmals 1917 vom Subopfer Verteidigung angewandt und hat daher ihren Namen. Sie gilt als sehr hart.

3. d4 x e 5	S f 6 — g 4
4. f 2 — f 4	L f 8 — c 5

Hiermit droht S g 4 — f 2.
5. e 2 — e 3?

6. e 2 — e 3	d 7 — d 6
7. e 5 x d 6	0 — 0
8. d 4 — f 3	T f 8 — e 8

e 3 ist nun zum 8. Mal angegriffen.
8. S b 1 — c 3
9. H e 1 — d 2

Weiß hat nichts Besseres, da durch S e 3 — c 2 Doppelpatt mit Turmverlust droht. Auf L c 1 x e 3 folgt Damenverlust durch T e 3 x e 3 +

9. — — —	D d 8 x d 6 +
10. L f 1 — d 3	L c 8 — f 5
11. S c 8 — d 5	L c 5 — b 4 +
12. S d 5 x b 4	D d 6 x b 4 +
13. K d 2 — e 2	S e 3 — c 2 +
14. K e 2 — d 1	L f 5 x d 3
15. D f 3 x d 3	S c 2 x a 1
16. D d 3 — d 2	S b 8 — e 6
17. D d 2 x b 4	S c 8 x b 6
18. L c 1 — d 2	S b 4 — d 3

Weiß gibt auf.

Diese Partie könnte beinahe als Widerlegung des 4. Jugend von Weiß f 2 — f 4 in Verbindung mit dem 5. b 2 — e 3 angesehen werden. Wir empfehlen unsern Lesern eingehendes Studium.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

„Der Weg ins Leben“, 48 S. In steifem Umschlag mit Golddruck. Preis 4 M. Partiebezug billiger. Verlag von O. Schönbauer u. Co., Warendorf (Gabel). — Als dauernde Erinnerung an unsere Jugendwochen pflegen unsere Genossen den jungen Freunden ein wertvolles Büchlein zu überreichen. Wäher war die Frage: „Was schenken wir?“ für den beabsichtigten Verein oder Bildungsausschuß eine sehr große Sache, denn für die neue Schöpfung der Jugendwochen gab es bisher nichts, das besonders mit Bezug auf den Preis die leichteste Beschaffung ermöglichte. Dies Problem ist mit dem vorliegenden Büchlein in idealer Weise gelöst worden. Es ist ein Schatzkästlein der Lebensweisheit, in einer Form dargelegt, die dem Gedankenkreis der Jugend entspricht. Die großen Dichter und Denker aller Zeiten und Völker haben ihr Bestes in diesen kurzen Versen, Sprüchen und Lebenswahrheiten beigelegt. Dazu sind das herrliche Charakteristik, die elegante moderne Schrift, das schwere Papier und der Umfassung mit schimmerndem Golddruck dazu angeben, dem Büchlein den wirklichen Charakter eines Geschenks zu geben. Die Hauptaufgabe ist der Preis, welcher es selbst den bescheidensten Organisationen ermöglicht, dies Büchlein als Erinnerungsgabe zu beschaffen.

Außere Red. Arbeitersekretär: „Das Unterhaltungsgehe für Empfänger von Invaliden, Alters-, Witwen- und Waisenrenten aus der Sozialversicherung und Angestelltenversicherung vom 7. 12. 1921.“ (Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Weilerstraße 80). Der Verfasser, der mit der Sozialversicherung vertraut ist, hat das Unterhaltungsgehe unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen gemeinverständlich dargestellt. An Hand dieser kleinen Schrift werden die Rentenempfänger und deren Angehörige in der Lage sein, ihre Ansprüche wirksam zu vertreten.

Schuhwaren-Eingeschäft
 Herrenstr. 16, 1 Tr. hoch, bei der Kaiserstraße kommt ab heute zum Verkauf:
 Ein Hofen
Leder- u. Stoff-Hauschuhe
Laftingschuhe u. Sandalen
 mit kleinen Schönheitsfehlern, weit unter Preis
A. Maier.

Offenberger Pferd
Geld-Lotterie
 Ziehung 12. Mai 1922
35000
20000
 Los 4. — M., Porto 2 M.
 bei Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
 Mannheim, O 7, 11
 und allen Lotteriekassern

Häuser
 und Geschäfte sofort zu kaufen gesucht durch
M. Bujan, Herrenstr. 38.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf
Dienstag, den 9. Mai 1922,
 nachmittags 4 Uhr
 in den großen Rathssaal.

Tages-Ordnung:
 1. Aenderung der Befüllungsordnung und -Ordnung und der Gemeindeordnung über die Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung (92).
 2. Erhöhung des Straßensanitätsrates und des Personalarztes der Karlsruher Gaskanal (93).
 3. Neuordnung der Gebühren im Befüllungsweien (90).
 Karlsruhe, den 29. April 1922. 842
 Der Oberbürgermeister.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
 Nachdem in Baden die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:
 A. Sperrbezirk

Der Stadteil Badland bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen des Reichs zum Reichsblauschutzgesetz mit der Einschränkung, daß mit Vieh aus freigelegten Ställen verfahren werden darf.

B. Beobachtungsgebiet
 Im dem Sperrbezirk (A) wird ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsverordnungen zum Reichsblauschutzgesetz bestehend aus dem Stadteil Grünwinkel und dem Gelände beim Rheinthalen östlich bis Bahnhofsstraße, nördlich bis Gemarkungsgrenze Kriemling gebildet.

C. 15 km Umkreis
 In dem Umkreis von 15 km vom Seehofort Badland entfernt (S 168 der Ausführungsverordnungen zum Reichsblauschutzgesetz) fallen folgende Gemeinden: Kriemling, Biesfeld und Ziefenreut, Eggenstein, Baggfeld, Ertlich, Ettlingen, Wolfersweiler, Ettlingenweiler, Bruchhausen, Darmersheim, Neuburgweiler, Maxau, Mörich und Au a. Rh. 839
 Karlsruhe, den 29. April 1922. O. 3. 68
 Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
 Nachdem in der Gemeinde Reppoldshausen die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden die unter 1. März 1922 angeordneten Schutzmaßnahmen hiermit aufgehoben.
 Karlsruhe, den 25. April 1922. O. 3. 64
 Bezirksamt Wd. II.

Vorläufige Zahlungen auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922.

Das II. Viertel der für das Kalenderjahr 1922 vorläufig zu entrichtenden Einkommensteuer muß spätestens am 15. d. Mts. bezahlt werden. An die Zahlung wird hiermit erinnert. Bei späterer Zahlung müssen Zinsen von 5 h. v. vom 16. d. Mts. an entrichtet werden. Wer erst nach dem 22. d. Mts. zahlt, wird ohne vorherige Mahnung zwangsweise betrieben und muß eine Pfändungsordnungsgeld entrichten. Man zahle womöglich bargeldlos.

Zu entrichten ist der im Steuerbescheid für 1920 als vorläufige Zahlung für 1921 angegebene und wenn der Steuerbescheid für 1921 bereits ausgehellt ist, der in diesem Bescheid als vorläufige Zahlung für 1922 bezeichnete Vierteljahresbetrag. Keine vorläufige Steuer für 1922 braucht zu entrichten, wer nur Arbeitseinkommen bezieht von dem ihm der Steuerbetrag gemäß wird und das den Jahresbetrag von 50000 RM. im Kalenderjahr 1922 voraussichtlich nicht übersteigt. Er muß jedoch der Behörde hiervon Kenntnis geben.
 Karlsruhe, den 2. Mai 1922. 826
 Finanzamt.

WASCH-STOFFE

Dirndl-Musseline Blumen u. Karos, Mtr. 83.- 68.-	45.-	Frotté d. große Mode, moderne Streifen, Karos u. einf. 210.- 185.-	145.-
Baumwoll-Musseline aparte neue Dessins 83.- 78.- 68.-	45.-	Voile hell und dunkelgründig, ca. 110 cm breit, in schöner mod. Ausmusterung 165.- 135.- 78.-	68.-
Perkal für Blusen und Hemden in großer Auswahl 88.- 68.- 58.-	48.-	Krepon für Matins und Morgen- kleider, neue Dessins . . . Mtr.	88.-
Zephir hell und dunkel gestreift f. Herren-Oberhemden Mtr. 95.- 72.-	48.-	Große Auswahl in Künstler-Druck-Decken	

ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER

KNOPF

Giff-Weizen
 bestes Rühm-Berillungs-
 mittel, in Packungen von
 100 gr. 2. —, 1 Kilo
 20. —, liefert
H. B. M. Fried. Springer
 Karlsruhe i. S.
 Marktgrabenstraße 52
 Telefon 8263, 726

Anzüge, Hosens
 gestreift und feldgrau,
 blaue und Drillich,
Sommer-Joppen
 sonst. Kleidungs-Stücke
 kaufen Sie billig bei
Glötzer
 Zähringerstraße 53a.

Wein- und Schaumweinsteuer betr.

Am 1. Mai 1922 tritt das Schaumweinsteuer-
 gesetz vom 21. April 1920 außer Kraft. Von
 diesem Tage an unterliegen die bisher Schaum-
 weinsteuerverpflichteten Erzeugnisse der Besteue-
 rung nach dem durch Gesetz vom 12. April 1922
 geänderten Weinsteuergesetz vom 26. Juli 1918
 mit der Maßgabe, daß die Abgabe (Wein-
 steuer) für Schaumweine aus Fruchtweinen ohne
 Zusatz von Traubenwein 20 v. H. für andere
 Schaumweine und Schaumweinähnliche Ge-
 tränke 30 v. H. des Steuerwerts beträgt. Im
 übrigen finden alle Vorschriften des Wein-
 steuergesetzes auf die genannten Erzeugnisse
 in vollem Umfange Anwendung.

Bei am 1. Mai 1922 im Besitze von Schaum-
 wein oder Schaumweinähnlichen Getränken ist,
 die er gewerbsmäßig in Verkehr zu bringen be-
 absichtigt (Hersteller, Händler, Wirte, Weinsten-
 verkäufer) ist verpflichtet, den Betrieb und den
 verantwortlichen Betriebsleiter bis spätestens
 6. Mai 1922 bei der Verbrauchssteuererech-
 stelle (Hauptzollamt, Zollamt mit Verbrauchs-
 steuerdienst) seines Bezirks anzumelden. Vom
 1. Mai 1922 an haben alle, die zur Anmeldung
 nach dem Gesagten verpflichtet sind, in einer be-
 sonderen Abteilung des Weinsteuerbuchs, so-
 fern sie ein solches bisher schon zu führen ver-
 pflichtet waren, oder in einem Vorbuch, aus
 dem später die Einträge in das anzulegende
 Weinsteuerbuch übertragen werden sollen, die
 vorhandenen Vorräte an Schaumwein und
 Schaumweinähnlichen Erzeugnissen nach Gat-
 tung, Marke und nach Zahl und Größe der
 Umfassungen anzuschreiben und bei einer
 etwaigen Abgabe in derselben Weise unter An-
 gabe des Steuerwertes fortlaufend abzu-
 schreiben.

Wer vom 1. Mai ab Schaumwein an einen
 Verbraucher (also nur an einen angemeldeten
 Händler) abgibt, ist verpflichtet, dem Verbrau-
 cher den Steuerbetrag besonders zu berechnen,
 der Verbraucher hat die Zahlung an den Ab-
 geber zu leisten.

Für im Inland hergestellte und aus dem
 Ausland eingeführte Schaumweine und
 Schaumweinähnliche Getränke, die mit Schaum-
 weinsteuergesetzen versehen in einen angemein-
 deten oder angemeldeten Betrieb aufgenommen
 oder in einem solchen Betriebe vorrätig ange-
 und im Weinsteuerbuch oder Vorbuch ange-
 schrieben worden sind, wird der Steuerwert der
 Zeichen dem Betriebsleiter auf die von ihm zu
 zahlende Weinsteuer angedreht, sofern die
 Erzeugnisse sich nach dem 30. April nicht bereits
 in einem anderen angemeldeten oder anmelde-
 pflichtigen Betriebe befunden haben. Die An-
 rechnung erfolgt nur, wenn sie spätestens acht
 Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem die Er-
 zeugnisse im Weinsteuerbuch oder Vorbuch an-
 geschrieben sind, bei dem Zollamt, in dessen Be-
 zirk die Erzeugnisse lagern, schriftlich oder in
 einer von dem Zollamt anzunehmenden Ver-
 bindung beantragt wird. In dem Antrag sind
 die Schaumweine, für welche die Anrechnung
 beantragt wird, getrennt nach der Gattung
 (Schaumwein aus Fruchtweinen, anderer Schaum-
 wein) und nach Zahl und Größe der Umfasse-
 rungen, sowie die an den Umfassungen an-
 gebrachten Zeichen für jede Zeichenart beson-
 ders nach Stückzahl, Einzel- und Gesamtwert
 anzuführen. Die Gesamtwertwerte
 aller Zeichenarten sind anzuführen. Für
 die nach dem 30. April 1922 in den Betrieben
 eingegangenen Schaumweine und Schaumwein-
 ähnlichen Getränke sind außerdem Name, Wohn-
 ort und Wohnung des Abgebers, sowie der Tag
 der Abgabe und des Einganges anzugeben und
 auf Verlangen durch Rechnungen und Fracht-
 briefe zu belegen.

Das Landesfinanzamt kann die Anrechnung
 in Einzelfällen ausnahmsweise auch dann zu-
 lassen, wenn die Erzeugnisse sich nach dem 30.
 April bereits in einem anderen angemeldeten
 oder anmeldepflichtigen Betriebe befunden
 haben.

Verbraucherwirte und Verbraucherfeinhand-
 ler, die bisher in ihrem Betrieb aus Schaum-
 wein usw. abgegeben haben, die aber von der
 ferneren Abgabe derartiger Getränke absehen
 wollen, um ihre Verbrauchererkenntnis nicht
 zu verlieren, müssen sofort nach dem Erscheinen
 dieser Bekanntmachung einen etwaigen Vorrat
 entweder zum Verbrauch in eigenen Haushalten
 aus den angemeldeten Betriebsräumen entfer-
 nen oder an einen angemeldeten Händler
 (Verkäufer) weiter verkaufen. Die Veräuße-
 rung muß er der zuständigen Behörde (Haupt-
 zollamt, Zollamt) anzeigen.
 Karlsruhe, den 29. April 1922. 828
 Hauptzollamt.

Nachsteuerung von Zucker.

Nach Artikel IV des Gesetzes vom 8. 4. 1922
 zur Aenderung des Zuckersteuergesetzes und
 der Zucker-Nachsteuerordnung (Reichsgesetz-Bl. S.
 388 und 451) unterliegt Zucker, der sich am
 1. Mai 1922 außerhalb eines Vertriebsbetriebs
 oder einer Zollniederlage befindet, der
 Nachsteuer. Mengen von nicht mehr als 100
 Kilogramm Reingewicht sind nachsteuerfrei.
 Zucker, der mehreren Personen gehört, jedoch
 gemeinsam aufbewahrt wird, ist zusammenzu-
 rechnen. Wer am 1. Mai 1922 nachsteuerpflichti-
 gen Zucker im Besitze oder Gewahrsam hat, ist
 verpflichtet, diesen Zucker bis zum 5. Mai 1922
 bei der zuständigen Behörde schriftlich (in
 amtlicher Fertigung) oder mündlich anzumel-
 den. Hierbei sind Gattung und Menge des Zuck-
 ers, sowie der Aufbewahrungsort anzugeben.
 Zucker, der sich am 1. Mai 1922 unter-
 wegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden,
 sobald er in seinen Besitz gelangt. In den An-
 meldungen ist vom Anmelde die Versicherung
 abzugeben, daß sich weiterer nachsteuerpflichtiger
 Zucker nicht in seinem Besitze befunden hat.
 Wer seinen nachsteuerpflichtigen Zuckervorrat
 nicht oder unvollständig anmeldet, hat Verstra-
 fung zu gewärtigen. Nähere Auskunft erteilen
 die Zollämter und das Hauptzollamt.
 Karlsruhe, den 28. April 1922. 827
 Hauptzollamt.

**Der Versuch mit meiner
 erstkl. Dauerwäsche**
 erspart Ihnen viel Geld und Aergern.
 Sie bekommen solche in der voll-
 kommensten Ausführung nur . . .
Kaiserstraße 40.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
 Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SUD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
 Billige Beförderung über deutsche und
 ausländische Häfen — Hervorragende
 III. Klasse mit Spal- und Rauchsaal,
 Erstklassige Salons- u. Kajütenampier
 Eine weltweite Abfahrts von
HAMBURG NACH NEW YORK
 Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
 HAMBURG und deren Vertreter in:
 Rastatt: Wlb. Graf, Bank-Geschäft, Schiffstr. 9
 Karlsruhe: Südd. Disconto-Ges. A.-G.
 Depotkassens Markt Karl-Friedrichstr. 7 (Hotel Gross)

Spaten
 (Gelegenheitskauf) neue, 20 Mark pro Stck.
Kessler, Kleinmengenbau und Garten-Geräte
 Kriegerstraße 60 — Telefon 5442. 3551

Brennholz
 ofenfertig, zentner- und fuhrweise
 liefert
Jakob Finkelstein
 Holz- und Kohlenhandlung
 Mühlheimstr. 10. Telefon 2875 u. 510.

Mieter-Vereinigung Karlsruhe
 Mitglied. Landesverband. u. Bund Deutscher Mietervereine
 Geschäftsst. Morgenstr. 51 p. 3194
 Von Dienstag, den 2. Mai ab: Sprechstunden
 von 6-1/2 Uhr abends im
„Café Nowack“ Ecke Göttinger-
 u. Nowackstraße
 Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag
Unter den Linden u. Poststraße
 Jeden Mittwoch, abends von 6-1/2 Uhr.
 Samstag keine Sprechstunde.

Mieter-Schutz-Verein Karlsruhe
 Mitglied des Bundes Deutscher Bodenreformer.
 Geschäftsstelle: Blumenstraße 3.
 Sprechstunden: Montag, Mittwoch und Donnerstag
 je abends von 6 1/2 bis 8 Uhr. 3577

Verein Karlsruher Aerzte
 (E. V.)
 hat eine angemessene Erhöhung der ärztlichen
 Grundgebühren auf
 30. — M. für eine Beratung in der Wohnung
 des Arztes oder durch Fernsprecher,
 50. — M. für den Besuch
 mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an beschlossen.
 Dazu treten Zuschläge, die sich nach der monat-
 lichen Ortsbesuchszahl richten. 3556

Badisches Landestheater.
 Dienstag, den 2. Mai, 8 1/2-9 Uhr. Mk. 25.—
 Abonnement G 2, Th. Gem. B. V. B. Nr. 101—103
Der Urfaust. 823

Konzerthaus
Badische Lichtspiele
 Ab Mittwoch, den 3. bis einschli.
 8. Mai, täglich 6 Uhr nachmittags
 und abends 1/9 Uhr, Sonntag, den
 7. Mai, nur nachmittags 4 Uhr.

Der erste Kreuzzug.
 (Die Befreiung Jerusalems.)
 Verkaufsstellen wie bekannt.
 Siehe Plakatsäle. 3555

Lebensbedürfnisverein
 Karlsruhe.
 Die Auszahlung der Dividende erfolgt am
 Mittwoch, den 3. Mai, vormittags von 7 bis
 12 1/2 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 4 Uhr
 in den Räumen der neuen Marktenbäude von 8201
 bis 8200 an unserer Kasse. Kommt die 28. gegen
 Vorzeigung des neuen Kartenauchs. — Es wird
 dringend gebeten, rechtzeitig mitzubringen.
 8205 Der Vorstand.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
 Da die Lieferung von
Zucker
 in den nächsten Monaten eine glücklichere Verteilung
 als bisher nicht zuläßt, sehen wir uns veranlaßt,
 von Anfang Mai ab einen anderen Verteilungsmodus
 einzuführen.
 Wir erlangen die berechtigten Mitglieder von
 Ettlingen, die in einem unserer dortigen Aben
 unter Vorlage des Mitgliedsbuches für 1922
 und unter Angabe der Anzahl ihrer Familie
 zum Zuckerbezug anzumelden. Weitere Auskünfte wird
 in den Aben erteilt.
 Schluß der Annahme von Anmeldungen
 6. Mai d. J. 35.
 Der Vorstand.

Güterbestätterei
Eugen von Steffelin
 Prompte Abholung und Zustellung
 von Express-, Eil- und Fracht-
 gütern sowie Wagenladungen
 Frachtgut Telefon 2 und 432
 Eil- u. Expressgut Telefon 602.

Schlafzimmer-Bilder
 preiswert, Bilder für alle Räume, Rahmen,
 Schließers Anfertigung, Kaiserstraße 28.

Erfahrener, energischer
Dreher
 der in allen Dreh-, Fräs- und Bohr-
 arbeiten firm ist, die Maschine rationell
 anzuschließen versteht und in der Lage ist,
 Zeichnungen sachgemäß zu unterweisen, als
Vorarbeiter
 in dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Maschinenfabrik Hub. Zettelmeyer
 Konz. a. d. Saar. 1373